

Halle'sche Zeitung

1912. Nr. 211.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Belegblätter für Halle und Verone 2.50 RM., durch die Post bezogen 3 RM. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Gratis-Belegblätter: Halle'scher Courier (tägl., Neuenheller), All. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Belegblätter für die Postbezugsstellen (Halle oder deren Stamm) für Halle u. den Landkreis 20 Pf., außerhalb 30 Pf. — Bestellen am Schluß des rechnerischen Zeit bei Seite 100 Bsp. Einzelgenossenschaft bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen Bekannten Einzelgenossenschaften.

Verkaufsstelle in Halle a. S.: Weisiger Straße Nr. 61/62. Telefon 155 u. 158; Nebentelefon 1272. Schriftleiter: Dr. Walter Gehlenstein in Halle a. S.

Sonntag, 5. Mai 1912.

Verkaufsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Am Turm Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Dietrich in Halle a. S.

Und sie bewegt sich doch!

Ist es möglich, ist wirklich diese vermodernde Welt noch im alten Geleise, sind ihre Räder nicht stillgestanden, da doch der starke Arm des sozialdemokratischen Parteivorstandes es durchaus haben wollte? Erlaucht reibt sich die bürgerliche Gesellschaft nach dem 1. Mai die Augen und selbst die Genossen müssen lachend erwidern, daß es ganz anders gekommen ist, als der „Vorwärts“ am Morgen des „Festtages und Kampftages“ verkündete: „Die Welt bewegt sich nicht in diesem Maße, und das Drohen mit der Hungerpeinliche vermag diesen Geist nicht zu lähmen, es stärkt ihn nur. Rebellentum nicht in dem Sinne, den meist mit diesem Wort eine bodenständige Polizei verbindet, sondern im Sinne der inneren Auflehnung der Arbeiterschaft gegen die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung, gegen den Unternehmerrganismus. Der Arbeiter ist nicht ein bloßer Knecht des Kapitals, er will ein gleichberechtigter Mensch, nicht nur ein bloßes Arbeitsmittel im Dienste der Profitierung sein. In der heutigen Gesellschaft gehört er, und nicht nur er, sondern die ganze umherliegenden arbeitende Menschheit, ob sie am Schraubstock steht, wohnt und isst aus der Erde, daß jeder über mit Schweiß und Blut müht, nicht in sich selbst, der Arbeiter, er will ein Mittel der Mehrwertzeugung, ein Faktor des kapitalistischen Produktionsprozesses, genau wie die Maschine und das von ihr verarbeitete Rohmaterial. Was den Menschen erst zum Menschen macht: das Arbeiten an sich selbst zur höheren, freieren, selbstigen Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, das ist heute der Arbeiterfeind in ihrer Waise völlig verfallen. Sie ist nämlich ein Mittel für andere, ihre Verdienster zu mehr und sich höhere Lebensgenüsse zu verschaffen.“

Also das will der Arbeiter? Werkmüdig! Zu demselben Aufsatze erinnert derselbe „Vorwärts“ daran, daß die Arbeiter 1889 auf dem Pariser Internationalen Arbeiterkongresse beschlossen sei:

„Als Tag internationaler Solidarität, der das Proletariat aller kapitalistischen Länder an die Gleichheit seiner Interessen gegenüber dem profitierenden Kapitalismus mahnt, und als Demonstrationstag der Kraft und der Bedeutung der Arbeiterschaft, der sie auf ihre große historische Aufgabe, die Durchführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, hinweist.“

Dieser ihr geistige Zweck hat sie niemals erreicht, und der „Vorwärts“ selbst lacht vergeblich die Tatsache zu beschreiben. Denn deutlich leuchtet sie zwischen seinen blutdürstigen Worten heraus: „Zeit Einführung des Arbeitermehrwertgesetzes wiederholt sich alljährlich dieser Sturmhauf der deutschen Bourgeoisie. Wohl haben die früheren Epochen, die jedes Jahr aus neuen die Feier des Meinetages gefeiert hat, der Arbeit und Gehalt, namentlich in allen niederen niederen Parteifreien die Frage erweckt, ob sich diese Opfer lohnen und nicht die verabsagten Selbstmatten sich in anderer Weise weit besser im Befreiungskampfe der Arbeiterschaft verwenden ließen. Vielleicht mögen sich rechtswissenschaftliche Genossen erinnern, aber die, die so rechnen, verstehen die kulturelle und moralische Bedeutung dieses Festtages, verstehen keine die Befreiung und werden den hohen, idealen Sinn, der die Arbeiter aus dem täglichen Elend, dem heillosen Einzelsein des täglichen Lebens heraushebt und ihre Seelen mit neuem sozialen Optimismus füllt, den sie in ihrem harten Lebenskampfe so nötig haben.“

Wie alljährlich hat der tatsächliche Verlauf dieses Wahrengelüsts nicht gerechtfertigt. Im Gegenteil haben diesmal noch weniger Arbeiter als sonst gefeiert. Selbst in der Metallindustrie, in Handel- und Transportgewerbe und in den Buchdruckereien wurde mit weniger Ausnahmen den ganzen Tag hindurch gearbeitet. Nur im Baugewerbe, in der Holzindustrie und in der Konfektion wurde in größerem Umfang nachmittags gefeiert. Die Beteiligung an den Feiern war infolgedessen überall geringer als sonst. Einzelne Lokale zeigten, besonders aber abends, eine auffallende Leere, obgleich das Wetter günstig war. Dagegen haben die Ausprägungen infolge der Arbeiter in diesem Jahre in Berlin einen erheblichen Umfang angenommen. Am Donnerstag vormittag versammelten sich die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften, denen beim Antritt der Arbeit die Ausprägung mitgeteilt wurde, in den Zahlstellen. Hierbei wurde festgestellt, daß die Zahl der ausgesperrten Arbeiter vorausichtlich größer sein wird als in den Vorjahren. Genauere Ziffern können erst gegeben werden, nachdem die Verbände das Material zusammengestellt haben. Natürlich sind die meisten Ausprägungen in der Metallindustrie, in der Goldschmiedindustrie, in Bekleidungs- und in der Schuhfabrikationsindustrie zu verzeichnen, und diese Tatsache dürfte die vom „Vorwärts“ genannte Begeisterung für die Arbeiter gewiß nicht stärken, im Gegenteil der Arbeiterfeind zum Bewußtsein bringen, wie teuer den Tagesstreik gerade in diesem Verufe ihre Demonstration zu stehen kommt. Nicht minder erheblich werden die bösen Folgen der Arbeitslähmung für eine Anzahl Lehrlinge und jugendliche Arbeiter sein, die sich an den Waidveranstellungen beteiligen. Diese Veranstellungen haben politischen Charakter und dürfen deshalb von minderjährigen Personen nicht besucht werden. Von den Polizeibeamten sind mehrfach solche festgestellt worden. Ein Strafmandat steht ihnen und auch den Veranstellungsleitern in sicherer Aussicht. Auch die Innungen werden gegen die bei Innungsmessern beschäftigten Lehrlinge, die am 1. Mai in den Veranstellungen mitdemontiert haben, vorgehen, und zwar auf Grund der Verordnungen, die den Besuch von poli-

tischen Veranstellungen durch den Lehrling ohne ausdrückliche Genehmigung des Meisters streng verboten.

Die vom „Vorwärts“ gepredigte „kulturelle Bedeutung“ der Arbeiter entspricht zu wenig den derbereren Instinkten der Massen, als daß sie das schwübevolle Interesse an der Demonstration zu beleben vermöchte. Auch der fruchtlose Versuch, den „Mittlungsabstimmung“ und den „Kolonialpolitik“ zur verstärkten Aufregung der Massen zu verwenden, ist sich in Kagenammer auf. Die „gewalttätige Arbeiterbewegung“ hat nicht einmal die Dardanellen zu öffnen vermocht, und Rosa Luxemburgs „Weltprolet gegen den Militarismus“ ändert nichts an der Tatsache, daß gerade die Republikaner immer fruchtbarer werden. Und wenn die Sozialdemokratie tausendmal behauptet, daß die Proletarier aller Länder „Krieg dem Kriege“ geschoren haben, so zeigt doch jeder abendliche Zapfenstrich in Paris, von welchem gefährlichen Kriegssturm gerade das französische Proletariat ergriffen ist und wie rucklos das Verderben ercheint, die deutsche Arbeiterschaft über die dem gesamten Vaterlande drohende Gefahr zu täuschen. Freilich, der „Vorwärts“ schreibt:

„Der formale bewaffnete Friede“ ist zu einer entsetzlichen Geißel der Völker geworden und verleiht in unzureichender Ausdehnung den arbeitenden Volksschichten herausragende Summen, daß die notwendigen Kulturaufgaben immer mehr zurückgedrängt werden.“

Aber soviel gefunden Menschenverstand hat sich die deutsche Arbeiterschaft denn doch bemerkt, um einzusehen, daß nur durch ein starkes Meer der Friede und mit ihm die hohen Segnungen der deutschen Kultur bewahrt werden können.

Die Deutschen in Galizien

haben scheinbar in den 30 Jahren seit 1880 große Verluste erlitten. Im Jahre 1880 bekamen sich dort 323 612 Personen, zehn Jahre später nur 227 458, im Jahre 1900 noch 212 327 und im Jahre 1910 lediglich 98 416 Deutschen zur deutschen Muttersprache. Angenommen, die Zahlungen sind nicht im politischen Interesse gefälscht, so ist zu bedenken, daß Galizien eine große Abwanderung von Juden nach dem übrigen Österreich, besonders nach Wien, und nach Ungarn, namentlich nach Ofen, hatte. Früher bekamen sich die Juden zur deutschen Familienprache. Das hat sich in den letzten Jahren geändert. Zu Ungarn gehören sie jetzt mehr und mehr zu den eigentlichen Magyaren; in Galizien bekennen sie sich fast ausschließlich zur polnischen Sprache. Wenn man bedenkt, daß in Galizien rund 90 Prozent der städtischen Geschäftsräume jüdisch sind, so ist klar, daß der Uebergang der Juden vom Deutschtum zum Polentum das erstere ziffermäßig stark schwächen mußte. So kommt es, daß sich jetzt in Westgalizien nur 10 Prozent, in Ostgalizien bloß 12 Prozent der Bevölkerung zum Deutschtum bekennen. Aber die noch übrig gebliebenen Deutschen wohnen fast ausschließlich auf dem Lande, zum Teil in überwiegend deutschen Ortschaften, sind bodenständig und nehmen in ihrem Leben an. In dem „Deutschen Volksblatt für Galizien“ in Lemberg haben sie sich ein trendentes Zeitungsorgan geschaffen.

Die christlichen Deutschen, unter denen die Evangelischen zahlreich sind, gründeten im Jahre 1907 mit sechs Ortsgruppen, 1106 Mitgliedern und 31 Gründern ihren Bund der christlichen Deutschen in Galizien. Der Bund ist ständig gewachsen und zählte am Schluß des Jahres 1911 schon 94 Ortsgruppen, 5148 Mitglieder und 92 Gründer. Gründer nennt man in Österreich Mitglieder, welche einen einmaligen, aber sehr hohen Beitrag gezahlt haben.

In Galizien gibt es 93 deutsche Schulen, von denen gegen 30 die Öffentlichkeitsrechte besitzen. Vor zwei Jahren begann der Bund sich den deutschen Schulwesen tatkräftig zu widmen. Er hat seitdem schon 15 Schulen mit 24 Lehrern, von wovon letzteren er fünf unterhält, eingerichtet. Mit Hilfe des Deutschen Schulvereins in Wien unterstützte er sogar 52 Schulen. Er selbst veranschlagte über 11 300 Kronen für Schulzwecke. Ferner vermittelt der Bund Stellen für Deutsche, gab einen Bundeskalender heraus, ließ durch Wanderredner und 50 Gemeinden befinden und förderte so allenthalben das zerstreute Deutschtum.

Am 25. März 1912 hielt der Bund in Dornfeld, einer großen deutschen Kolonie südlich von Lemberg, seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Deutschen Hause zu Dornfeld trafen sich damals 500 Teilnehmer, darunter auch Abgeordnete des Deutschen Schulvereins in Wien. B.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom afrikanischen Kriegsschauplatz.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Rom 3. d. M.: Zu verlassener Nacht griff der Feind mit starken Streitkräften die Küstlich von den Italienern besetzten Stellen von Lebda an. Der Angriff wurde mit Infanterie- und Artilleriereiter zurückgewiesen. Zahlreiche Verwundete wurden in der Nähe der Stellungen aufgefunden, welche das 89. Infanterie-Regiment besetzt hat. Die Italiener hatten zwei Tote und fünf Verwundete.

Aus Bucharest wird gemeldet: General Carioni befehligt, um den Italienern die Beherrschung der Karawane zu erhalten von Lunis her zu ziehen, ein Vorgehen nach Süden, wo sich Traber und Türken zu Fuß und zu Pferde befänden. Ein Bataillon Infanterie, ein Bataillon Afkaris mit Maschinengewehren und eine Abteilung Kavallerie und Genietruppen nahmen an der Expedition teil. Der Feind ergriff nach schweren Verlusten die Flucht. Auf Seiten der Italiener sind fünf Afkaris gefallen, 40 darunter einer schwer, verwundet.

Die Italiener auf Rhodos. In der italienischen Kammer machte der Ministerpräsident Giolitti unter allgemeinem stürmischen Beifall die Mitteilung, daß die italienische Flotte auf der Insel Rhodos Truppen unter dem General Amedeo Gioiandani landete. Die Ausföhrung der Truppen dauere fort; die Truppen hätten keinen Widerstand gefunden. Das Wetter sei günstig.

Deutsches Reich.

Dem Verrechnungsamt in der Genui- und Wochenscheu-gehege ausgegangen. Danach dürfen Grundstücke, die allein oder mit anderen eine zusammenhängende Moorfläche von mehr als 25 Hektar bilden, zur Gewinnung von Torf nur in der Weise benutzt werden, daß die Möglichkeit ihrer späteren land- oder forstwirtschaftlichen Benutzung gewährleistet ist. Das Gesetz bezieht sich in erster Linie auf die Provinz Hannover, kann aber auch auf andere Provinzen nach Anhörung des Provinziallandtags durch künftige Verordnung ausgedehnt werden.

Staatssekretär Dr. Solf zum Tode des Gouverneurs v. Bennigsen. Aus Anlaß des Ablebens des Gouverneurs a. D. v. Bennigsen hat der Staatssekretär des Reichs-Präsidenten, folgende Beileidsbekundung gerichtet: „Auf tiefer erschüttert durch die Trauennachricht von dem unerwarteten Hinscheiden Ihres Herrn Vaters, spreche ich Ihnen mein herzlichstes Beileid aus. Der Tod des Verstorbenen, mit dem mich eine jahrelange treue Freundschaft verband und der sich durch seine Tätigkeit in den verschiedensten Bereichen, zu dem auch kolonialen Beziehungen lebendige Erinnerung erworben hat, bedeutet auch für die Kolonialverwaltung einen schmerzhaft empfundenen Verlust.“ Solf.

Die Reichstagsersatzwahl für den zurückgetretenen Abgeordneten Kocern im Wahlkreise Saargburg-Merzig-Saarlouis ist auf den 30. Mai verlegt worden.

Deutsche Eisenbahnverwaltungen und deutschfeindliche Reichstagsabgeordnete. Die Reichstagsabgeordnete in eine lothringischen Landtags brachte am 29. April Herr Wilmshaus die Beschlüsse der preussischen und Reichstagsabgeordnetenverwaltung zur eisenbahnischen Reichstagsabgeordnetenverwaltung in Straßburg und Reichstagsabgeordnete gab die preussische Staatsbahn- und Reichstagsabgeordnete bei dem Grafenbesitzer Reichstagsabgeordnete jenseits der Grenze in Belfort geborenen, regelmäßig große Lokomotivbestellungen in Auftrag. Die Bestellungen für den kommenden Winter sind aber von der Verwaltung einzuweisen zurückgehalten worden, weil der Reichstagsabgeordnete Reichstagsabgeordnete einnimmt, seine Bestellungen des Reichstagsabgeordnete zu betätigen und deutschfeindliche Reichstagsabgeordnete des Reichstagsabgeordnete zu fördern. Daraufhin ist der Reichstagsabgeordnete mitgeteilt worden, daß diese Eisenbahnverwaltungen nicht mehr in der Lage seien, bei solcher deutschfeindlicher Haltung das Reichstagsabgeordnete zu beschließen, daß jene Reichstagsabgeordnete entfernt werden müßten. Die Antwort der Reichstagsabgeordnete Reichstagsabgeordnete der preussischen Staatsbahn und der Reichstagsabgeordnete hat sich aber zu ihrem Vorgehen erst entschlossen, nachdem die eisenbahnische Landesregierung festgestellt hatte, daß die erheblichen Anschuldigungen begründet seien. Ausschlaggebend ist die Erwägung gewesen, daß es mit der Ehre und Selbsthaltung deutscher Eisenbahnverwaltungen unvereinbar ist, ein Werk zu unterstützen, dessen Leiter deutschfeindliche Stimmung für seine Geschäftsführung betätigt. Die Eisenbahnverwaltungen haben ohne Rücksicht darauf, daß ein großer Teil des Aktienkapitals im Ausland untergebracht ist, dem Grafenbesitzer Werke bedeutende Beförderungen zugewandt, weil sie den Wunsch haben, dem Reichstagsabgeordnete das große Unternehmen lebensfähig zu erhalten. Die Bestellungen für weitere Aufträge sind bereit, daß der Reichstagsabgeordnete die Erfüllung möglich ist. Wenn die Fortsetzung der Verwaltung zur Stilllegung der Grafenbesitzer Arbeit und zur Verlosung ihrer Arbeiterschaft führen sollte, so würde die Verantwortung allein die Reichstagsabgeordnete treffen. Die Interessen des Reichstagsabgeordnete werden aber eine Stilllegung verhindern, und wenn dies gefahrlos, so würde alsdann ein neues, gleichwertiges Unternehmen entstehen, das, frei von fremden Einflüssen, die gesamten Reichstagsabgeordnete und Staatsaufträge übernehmen würde und die Interessen der Reichstagsabgeordnete sicherstellt.

Wauten an Afrikanern und Garnisonen. Durch die infolge der Heeresvermehrung notwendigen Bauten an Kasernen und Garnisonen, wird das 5. in die Baugeschäfte in den nächsten Jahren umfangreiche Beschäftigung erhalten. Es kommen allein für das preussische Kontingent einhundert, fünfzig- und achtzigtausend der Militärstützpunkte 140-150 größere Neubau- und Ergänzungsarbeiten an Kasernen, Zolungen, Gerätschaften usw. in Betracht. Hierbei werden aus dem Budgetposten für 1912 und 15-20 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Neben dem Baugewerbe werden noch eine Reihe anderer Gewerbe und Industrien an der Ausführung von Arbeiten beteiligt sein. Zu diesen Wauten treten noch die für die Baugeschäfte auszuführenden Aufträge, die mit 8-10 Millionen Mark in Anlaß zu bringen sind. — Für 8 Infanterie-Bataillone, 17 Maschinengewehr-Kompanien, 5 Ab-

